

Schwere politische Niederlage für Ministerpräsident Simitis

Der Generalstreik gegen die Reform des Rentensystems nährt Zweifel an der Reformbereitschaft Griechenlands / Von Rainer Hermann

ISTANBUL, 29. April. Die großen Gewerkschaften Griechenlands haben der Reformpolitik von Ministerpräsident Kostas Simitis einen schweren Rückschlag zugefügt. Der griechischen Regierung war es nicht gelungen, eine breite Unterstützung für ihren Gesetzesentwurf zur Reform der hochdefizitären Sozialversicherungssysteme zu sichern. Arbeitsminister Tassos Giannitsis hat aufgrund des Generalstreiks vom Donnerstag der vergangenen Woche den Entwurf der Regierung zurückgenommen. Der hatte vorgesehen, die Zahl der Berufsjahre, die zur Verringerung berechtigen, von 35 auf 40 anzuheben und das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre festzulegen. Ferner sollte die Rente von 80 auf 60 Prozent des letzten Lohnes verringert werden. Außerdem war eine Zusammenlegung der 46 Rentenfonds in acht große Kassen geplant.

Die Gewerkschaften haben angekündigt, mit einem abermaligen eintägigen Generalstreik am 17. Mai den Druck auf die Regierung zu erhöhen.

Ministerpräsident Simitis hat die Vorschläge der Regierung zwar nicht offiziell zurückgezogen und darauf aufmerksam gemacht, daß ein Aufschub der Reform schmerzhaftere Lösungen erfordern werde. Doch jetzt wird er die Position der Gewerkschaften zu einem großen Teil berücksichtigen müssen. Die Gewerkschaften wollen das bestehende Rentensystem erhalten. Gesichert werden soll es durch zusätzliche Steuern, die von Beziehern höherer Einkommen zu bezahlen wären.

Wirtschafts- und Finanzminister Papanтониου stemmt sich gegen diese Vorschlä-

ge, weil er die Nachhaltigkeit der Konsolidierung der Staatsfinanzen gefährdet sieht, die Voraussetzung für die Aufnahme Griechenlands in die Europäische Währungsunion war. Auch der Gouverneur der Zentralbank, Papademos, fordert die Sozialpartner auf, eine Lösung zu finden, die das langfristige Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen und die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft nicht gefährde.

Simitis steht nun vor der Alternative, steuerfinanzierte Renten einzuführen, wie es die Gewerkschaften anregen, oder die Hände in den Schoß zu legen. Dann brähe das Rentensystem im Jahr 2010 zusammen hat seine Regierung ausgerechnet.

Bereits im vergangenen Haushaltsjahr hatte die Regierung von den Rentenversicherungsträgern hohe Schulden übernommen. Im gegenwärtigen System können sich Arbeitnehmer nach 35 Berufsjahren pensionieren lassen. Meist nehmen sie nach der Pensionierung eine neue Arbeit an, beziehen aber weiter die Rente.

Landwirte müssen keine Beiträge einzahlen. Noch immer erhalten Mütter nach 15 Berufsjahren eine, wenn auch bescheidene Pension.

Die Kapitulation der Regierung vor den Gewerkschaften gilt als die schwerste politische Niederlage für Ministerpräsident Simitis, der seit Ende 1995 im Amt ist. Der Generalstreik und seine Umstände haben das politische Klima Griechenlands in kurzer Zeit grundlegend verändert. Simitis scheint seine Partei nicht mehr wie in der Vergangenheit unter Kon-

trolle zu haben. Auch zeigt die Niederlage der Regierung die Grenzen der Reformbereitschaft der griechischen Wähler. Bisher hatte die Konvergenzpolitik zur Erreichung der Maastrichter Kriterien von der griechischen Bevölkerung kaum Opfer gefordert.

Zu erbringen waren sie von den Arbeitnehmern, deren Löhne real unverändert geblieben sind, aber auch von den Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit unter der lange Zeit überbewerteten Drachme litt. Privilegierten Bediensteten im Staatsdienst war es in den vergangenen Jahren indessen gelungen, mit Streiks und Demonstrationen die Privatisierung zu bremsen oder einzufrieren. Zu großen Einschnitten haben die bisherigen Privatisierungen und Deregulierungen nicht geführt.

Mit dem Entwurf zur Rettung der Rentenkassen hatte die Regierung Simitis erstmals versucht, von den Stammwählern der regierenden Partei, der sozialistischen Pasok, Konzessionen zu verlangen. Doch dazu hat Simitis weder in seiner Partei eine Mehrheit, noch kann er auf die Unterstützung durch die konservative und zum Populismus neigende Oppositionspartei Nea Dimokratia zählen. Die hatte in der Polemik der vergangenen Woche eine Anhebung des Rentenalters und eine Verringerung der Rentenhöhe ebenfalls kategorisch abgelehnt. Um eine wenig populäre Maßnahme wie die Sanierung der Rentensysteme erfolgreich umzusetzen, müßten aber die beide großen Volksparteien die Reform unterstützen.

Die Regierung Simitis erweckt immer mehr den Eindruck, daß ihr nach der Auf-

nahme Griechenlands in die Europäische Währungsunion die Luft ausgegangen sei.

Verschärft hat sich die Krise der Pasok, nachdem Ministerpräsident Simitis gemeinsam mit Wirtschafts- und Finanzminister Papanтониου sowie Außenminister Papandreou vor einem Monat den Verteidigungsminister Tsochatzopoulos bei der Kürzung des Verteidigungsetats und der Streckung von Rüstungsprojekten vor vollendete Tatsachen gestellt hatten.

Jetzt fürchten hohe Funktionäre der Pasok, daß die Partei mit der Rentenreform die Chancen auf einen abermaligen Sieg bei den nächsten Parlamentswahlen bereits heute zu verspielen droht. Diese Wahlen müssen zwar erst in drei Jahren abgehalten werden, die sozialistische Pasok steckt aber in einem anhaltenden Stimmungstief. Von den 180 Mitgliedern des mächtigen Zentralkomitees der Partei hatten daher 63, die als Kritiker des Ministerpräsidenten gelten, gefordert, daß das Zentralkomitee und die Fraktion umgehend zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreffen sollten, um die Entfremdung der Partei von ihrer Wählerbasis zu erörtern.

Die Parteirebellen haben auch den Generalstreik der Gewerkschaften unterstützt, an deren Spitze ohnehin meist Mitglieder der Pasok stehen. Aufgerufen hatten zu dem eintägigen landesweiten Generalstreik die beiden Gewerkschaftsdachverbände für die Arbeiter im Staatssektor GSEE und für die Beamten ADEDY. Angeschlossen hatten sich die Priester der orthodoxen Kirche, die aus staatlichen Kassen bezahlt werden, sowie die Journalisten. Da Busse, Bahnen und Fähren, Schu-

len und die staatlichen Krankenhäuser sowie die Ministerien und die staatlichen Banken bestreikt wurden, war das öffentliche Leben weitgehend lahmgelegt.

Ein Gewerkschaftssprecher sagte, der Generalstreik sei der größte seit 20 Jahren gewesen. Nach Angaben der Veranstalter hatten sich ihm mehr als 2,5 Millionen Arbeitnehmer angeschlossen. Damit hätte fast jeder vierte Grieche den Streikaufruf befolgt. An einer Veranstaltung im Zentrum Athens nahmen mehr als hunderttausend Personen teil. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift: „Rente für alle mit 55“. Der Chef des Gewerkschaftsdachverbands GSEE, Christos Polyzopoulos, rief bei der Kundgebung aus: „Wir werden uns nicht beugen.“

Unmittelbar vor dem Beginn des Generalstreiks hatte Arbeitsminister Giannitsis seinen Gesetzesentwurf als „eingefroren“ bezeichnet und zurückgenommen. Seine Partei forderte Giannitsis auf, der Bevölkerung endlich deutlich zu machen, daß „der Reifen platt“ sei. Der gewerkschaftsnahe „Arbeitskreis für Sozialfragen“ der Pasok würdigte die Rücknahme der Vorschläge durch Giannitsis als mutig. Auch Verteidigungsminister Tsochatzopoulos, der als Rivale von Simitis gilt, bewertete die Ankündigung des Simitis-Vertrauten Giannitsis zunächst als mutigen Schritt, der zur Beilegung der Krise beitrage. Am Wochenende warf er dann der Regierung in einem Interview mit der Athener Zeitung „Ta Nea“ vor, die Reform falsch angegangen zu haben. Denn das Sozialversicherungssystem sei das Grundelement des Wohlfahrtsstaats, der wiederum den Charakter und die Ideologie der Pasok präge.

- Απεξεί
= Ένας τόμος